

Amtsblatt der Europäischen Union

C 334



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

63. Jahrgang
8. Oktober 2020

Inhalt

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Paritätische Parlamentarische Versammlung des Partnerschaftsabkommens zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits

37. Tagung — Bukarest (Rumänien), 18.-20. März 2019

2020/C 334/01	Protokoll der Sitzung vom Montag, dem 18. März 2019	1
2020/C 334/02	Protokoll der Vormittagssitzung vom Dienstag, dem 19. März 2019	5
2020/C 334/03	Protokoll der Nachmittagssitzung vom Dienstag, dem 19. März 2019	8
2020/C 334/04	Protokoll der Vormittagssitzung vom Mittwoch, dem 20. März 2019	11
2020/C 334/05	Protokoll der Nachmittagssitzung vom Mittwoch, dem 20. März 2019	14

DE

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNIONPARITÄTISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DES PARTNERSCHAFTSABKOMMENS
ZWISCHEN DEN MITGLIEDERN DER GRUPPE DER STAATEN IN AFRIKA, IM KARIBISCHEN
RAUM UND IM PAZIFISCHEN OZEAN EINERSEITS UND DER EUROPÄISCHEN UNION UND
IHREN MITGLIEDSTAATEN ANDERERSEITS

37. TAGUNG — BUKAREST (RUMÄNIEN), 18.-20. MÄRZ 2019

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM MONTAG, DEM 18. MÄRZ 2019

(2020/C 334/01)

INHALT

	Seite
Offizielle Eröffnung	2
Sitzung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung	2
Zusammensetzung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung	2
1. Annahme der Tagesordnung (AP102.732)	2
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung der 36. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung	2
3. Mitteilungen der Ko-Präsidenten, einschließlich der in der Sitzung des Präsidiums vom 17. März 2019 gefassten Beschlüsse	2
4. Erklärung von Neven Mimica, für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständiges Mitglied der Kommission, zur Bilanz der fünfjährigen Amtszeit der Kommission, zum aktuellen Stand der Verhandlungen über die Zeit nach dem Auslaufen des Cotonou-Abkommens und zur Spotlight-Initiative	3
5. Aussprache mit Neven Mimica, für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständiges Mitglied der Kommission — Catch-the-Eye-Verfahren	3
6. Fragestunde mit der Kommission	3
7. Maßnahmen der Kommission bezüglich der auf der 36. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung angenommenen Entschlüsse	4
8. Die Auswirkungen des Brexits auf die AKP-EU-Partnerschaft	4
9. Frauenforum	4

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM MONTAG, DEM 18. MÄRZ 2019

(Die Sitzung wird um 11.00 Uhr eröffnet.)

Offizielle Eröffnung

Es sprechen vor der Versammlung:

Teodor Meleşcanu, Minister Rumäniens für auswärtige Angelegenheiten, Joseph Owona Kono, Ko-Präsident der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung, Louis Michel, Ko-Präsident der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung, und Călin Popescu-Tăriceanu, Präsident des rumänischen Senats.

(Die Sitzung wird um 12.21 Uhr unterbrochen und um 15.02 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: Joseph OWONA KONO

Ko-Präsident

Sitzung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Der Ko-Präsident heißt alle Teilnehmer willkommen.

Zusammensetzung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Das Verzeichnis der Mitglieder der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung wird in der Form, in der es von den Behörden der AKP-Staaten und dem Europäischen Parlament übermittelt wurde, Anlage dieses Protokolls.

1. Annahme der Tagesordnung (AP102.732)

Die Tagesordnung wird in der im vorliegenden Protokoll ausgewiesenen Fassung angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung der 36. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung
Das Protokoll der letzten Sitzung wurde noch nicht genehmigt. Sofern die Mitglieder bis zum 19. März 2019 um 10.00 Uhr keine Anmerkungen anbringen, gilt das Protokoll als genehmigt.

3. Mitteilungen der Ko-Präsidenten, einschließlich der in der Sitzung des Präsidiums vom 17. März 2019 gefassten Beschlüsse

Der Ko-Präsident berichtet über die Ergebnisse der Sitzung des Präsidiums vom 17. März 2019.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

a) Die ständigen Ausschüsse werden Berichte zu folgenden Themen ausarbeiten:

Ausschuss für politische Angelegenheiten

— Demokratie und Achtung der Verfassung in den EU-Mitgliedstaaten und den AKP-Staaten

Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung, Finanz- und Handelsfragen

— Diversifizierung der Volkswirtschaften in den AKP-Staaten: Herausforderungen und Chancen

Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Umweltfragen

— Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit in den AKP-Staaten und den EU-Mitgliedstaaten

b) Die 38. Tagung der Versammlung findet vom 30. November bis zum 4. Dezember 2019 in Kigali (Ruanda) statt.

c) Vom 31. März bis zum 2. April 2019 findet eine Informationsreise nach Togo statt.

Es spricht: Sir Louis H. Straker (St. Vincent und die Grenadinen).

4. Erklärung von Neven Mimica, für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständiges Mitglied der Kommission, zur Bilanz der fünfjährigen Amtszeit der Kommission, zum aktuellen Stand der Verhandlungen über die Zeit nach dem Auslaufen des Cotonou-Abkommens und zur Spotlight-Initiative

Neven Mimica, für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständiges Mitglied der Kommission, weist auf die Bedeutung der Cotonou-Partnerschaft hin und macht Angaben zum aktuellen Stand der derzeitigen Verhandlungen über die Zeit nach dem Auslaufen des Cotonou-Abkommens. Im Rahmen der künftigen Partnerschaft soll ein strategischeres und einflussreicheres Bündnis zwischen der EU und den AKP-Staaten auf internationaler Ebene geschaffen werden. Die neue Partnerschaft dürfte dank der vorgeschlagenen regionalen Struktur besser auf die regionalen und lokalen Gegebenheiten abgestimmt sein. Bei den Verhandlungen würden Fortschritte erzielt, und die zweite Verhandlungsrunde soll im April 2019 abgeschlossen werden. Das Mitglied der Kommission gibt auch Auskunft über die Spotlight-Initiative der EU und der Vereinten Nationen, durch die allen Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen vorgebeugt und ein Ende gesetzt werden soll. Das Mitglied der Kommission fordert die Mitglieder auf, zum Erfolg der Initiative beizutragen.

5. Aussprache mit Neven Mimica, für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständiges Mitglied der Kommission — Catch-the-Eye-Verfahren

Es sprechen: Clifford Andre (Seychellen), Halifa Sallah (Gambia), Michel Kamano (Guinea), Sir Louis H. Straker (St. Vincent und die Grenadinen), Mathew Sahr Nyuma (Sierra Leone), Pally Iriase (Nigeria), Alpha Ousmane (Burkina Faso), Sangeet Fowder (Mauritius), Ahamada Soukouna (Mali), Louis Michel, Ben Abdallah Banda (Ghana), Oumouri Mmadi Hassani (Komoren), Sebastian C. Kopulande (Sambia), Jacob Oulanyah (Uganda), Babiker Mohamed Tom Bakhit Dafaalla (Sudan), André Misiekaba (Suriname), Federico Abaga Ondo (Äquatorialguinea), Siaosi Ofa Ki V. Sovaleni (Tonga), Agathon Rwaswa (Burundi), Papa Babou Ndiaye (Senegal), Margaret Kamar (Kenia) und Rick Tchamako Mahe (Vanuatu).

Viele Mitglieder aus den AKP-Staaten stellen Fragen zu den Verhandlungen über die Zeit nach dem Auslaufen des Cotonou-Abkommens und äußern Bedenken über die vorgeschlagene regionale Struktur, die als Versuch empfunden wird, die Gruppe und Identität der AKP-Staaten zu zersetzen. Es wird um Klarstellungen zur gemeinsamen AKP-Grundlage, zum künftigen institutionellen Rahmen und zur parlamentarischen Dimension der künftigen Partnerschaft ersucht. Es werden Fragen zum Zusammenhang zwischen Entwicklung und Sicherheit und zur Lage in der Sahelzone und den G5-Sahel-Ländern gestellt. Andere Fragen betreffen in erster Linie Handelsangelegenheiten, die Auswirkungen des Brexits auf die Volkswirtschaften der AKP-Staaten, die Steuerverwaltung und die EU-Politik im Bereich der Innovation und des Technologietransfers.

Das Mitglied der Kommission Neven Mimica beantwortet die Fragen der Mitglieder nach dem Catch-the-Eye-Verfahren.

6. Fragestunde mit der Kommission

Insgesamt werden der Kommission 11 Anfragen vorgelegt.

Die Kommission hat die Anfragen bereits zuvor schriftlich beantwortet. Das Mitglied der Kommission Neven Mimica beantwortet die zu den folgenden ursprünglichen Anfragen gestellten ergänzenden Fragen mündlich:

Mündliche Anfrage Nr. 1 von Neena Gill zu den Ergebnissen der Energiepartnerschaft zwischen Afrika und der EU und der EU-Klimaschutzfinanzierung zugunsten der AKP-Partnerländer

Mündliche Anfrage Nr. 2 von Jo Leinen zur Einbeziehung der AKP-Staaten bei der Strategie der EU für Klimadiplomatie

Mündliche Frage Nr. 3 von Enrique Guerrero Salom zur Schaffung einer Mindestkapazität für Eigenständigkeit im Gesundheitswesen in der Zentralafrikanischen Republik, in der Demokratischen Republik Kongo und im Südsudan

Mündliche Anfrage Nr. 5 von Norbert Neuser zum Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika

Mündliche Anfrage Nr. 7 von Thierry Cornillet (stellvertretend für Nathalie Griesbeck) zu den Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU und dem Kampf gegen Korruption

Mündliche Anfrage Nr. 8 von Halifa Sallah (Gambia) zu einer Vereinbarung mit den AKP-Staaten über eine nachhaltige bzw. verantwortungsvolle Fischerei

Mündliche Anfrage Nr. 9 von Catherine Bearder zur Umsetzung der AKP-EU-Partnerschaft

Mündliche Anfrage Nr. 11 von Maria Heubuch (stellvertretend für Bodil Valero) zur Lage in Burundi

Die Verfasser der Anfragen Nr. 4, 6 und 10 sind nicht anwesend.

7. Maßnahmen der Kommission bezüglich der auf der 36. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung angenommenen Entschlüsse

Das Mitglied der Kommission Neven Mimica weist darauf hin, dass die Kommission Anmerkungen zu den in Cotonou (Benin) angenommenen Entschlüssen zu folgenden Themen übermittelt hat: zur Bekämpfung von Cyberkriminalität und Drogenhandel, zur Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als Kernstück des wirtschaftlichen Wandels in den AKP-Staaten, zur Bekämpfung der destabilisierenden Auswirkungen des illegalen Artenhandels in den AKP-Staaten und Förderung der Umsetzung der auswärtigen Dimension des Aktionsplans der EU zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels sowie zu den Dringlichkeitsentschlüssen zu den Auswirkungen des zunehmenden Populismus auf die Globalisierung und zu den Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere auf kleine Inselentwicklungsländer. Diese nachträglichen Anmerkungen seien in den entsprechenden Ausschusssitzungen erörtert worden.

8. Die Auswirkungen des Brexits auf die AKP-EU-Partnerschaft

Aussprache ohne Entschlüsselung mit Baroness Patricia Scotland, Generalsekretärin des Commonwealth-Sekretariats

Baroness Patricia Scotland, Generalsekretärin des Commonwealth-Sekretariats, würdigt die Bedeutung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und geht auf die bestehende fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und dem Commonwealth ein. Sie weist darauf hin, dass 40 AKP-Staaten auch zur Commonwealth-Familie gehörten und viele Ähnlichkeiten wie enge historische Verbindungen, die Sprache und das Common Law aufwiesen. Sie geht in ihrem Beitrag in erster Linie auf die Auswirkungen des Brexits auf den Handel ein, die letztendlich von der Art der künftigen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU abhängen werden. Baroness Patricia Scotland legt dar, wie das Commonwealth künftig mit den AKP-Staaten zusammenarbeiten könnte, und gibt an, dass die bestehenden Bereiche der Zusammenarbeit gefestigt werden könnten und die Partnerschaft vertieft werden könnte.

Es sprechen: Alpha Ousmane (Burkina Faso), Michael Gahler, Halifa Baboucar Sallah (Gambia), David Martin, Sir Louis Straker (St. Vincent und die Grenadinen), Catherine Bearder, Clifford Andre (Seychellen), Mathew Sahr Nyuma (Sierra Leone), Adjedoue Weidou (Tschad), Joachim Zeller, Jomo Mfanawemakhosi Dlamini (Königreich Eswatini), Neena Gill, Pedro Silva Pereira, Julie Ward, Mauricia Thomas-Francis (St. Lucia), Sebastian C. Kopulande (Sambia) und Jo Leinen.

Einige Mitglieder aus den AKP-Staaten äußern sich besorgt über die Auswirkungen des Brexits auf den Handel, die Ausfuhr von Rohstoffen der AKP-Staaten und die Ursprungsregeln. Es werden auch Fragen zu den Auswirkungen des Brexits auf die für die Entwicklung vorgesehenen Finanzmittel und die Bestimmungen über die technische Hilfe gestellt.

9. Frauenforum

Julie Ward, Ko-Vorsitzende des Forums, stellt die Schlussfolgerungen vor, die hauptsächlich die Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels in Europa und den AKP-Staaten betreffen. Die Mitglieder werden über die konkrete Situation in Rumänien unterrichtet, wo immer mehr Frauen und Mädchen Opfer von Menschenhandel zu sexuellen Zwecken, zu Arbeitszwecken oder zu Zwecken des Organhandels werden. Obwohl schon ein angemessener Rechtsrahmen bestehe, stünden die rumänischen Behörden beim Vorgehen gegen an diesem Handel beteiligte kriminelle Banden vor Schwierigkeiten. Es wird vorgeschlagen, das Thema im Rahmen der Ausschüsse für politische oder soziale Angelegenheiten weiter zu erörtern.

Es sprechen: Halifa Baboucar Sallah (Gambia) und Tulia Ackson (Tansania).

(Die Sitzung wird um 18.43 Uhr geschlossen.)

Joseph OWONA KONO

Louis MICHEL

Ko-Präsidenten

Patrick I. GOMES

José Javier FERNÁNDEZ FERNÁNDEZ *(amtierend)*

Ko-Generalsekretäre

PROTOKOLL DER VORMITTAGSSITZUNG VOM DIENSTAG, DEM 19. MÄRZ 2019

(2020/C 334/02)

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
10. Ist das derzeitige Wirtschaftsmodell mit dem Klimawandel vereinbar?	5
11. Dringlichkeitsthema Nr. 1: Die wichtigsten Fragen und Herausforderungen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und den AKP-Staaten	5
12. Die Möglichkeiten, die erneuerbare Energieträger bieten, um nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den AKP-Staaten und insbesondere in entlegenen Gebieten herbeizuführen	6
13. Verringerung der Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen in den AKP-Staaten, die nicht zur Schule gehen .	6

PROTOKOLL DER VORMITTAGSSITZUNG VOM DIENSTAG, DEM 19. MÄRZ 2019*Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.*

VORSITZ: Joseph OWONA KONO

*Ko-Präsident***10. Ist das derzeitige Wirtschaftsmodell mit dem Klimawandel vereinbar?**

Aussprache ohne EntschlieÙung mit Yvo de Boer, ehemaliger Exekutivsekretär des UNFCCC

Yvo de Boer, ehemaliger Exekutivsekretär des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), eröffnet die Aussprache ohne EntschlieÙung zur Vereinbarkeit des derzeitigen Wirtschaftsmodells mit dem Klimawandel und weist darauf hin, dass die CO₂-Emissionen höher sind als je zuvor, obwohl die Kosten für Energie aus erneuerbaren Quellen erheblich gesunken sind.

In seinem Vortrag äußert er sich insbesondere dazu, was in politischer Hinsicht getan werden kann, um das Übereinkommen von Paris wirksam umzusetzen. 180 Staaten haben das Übereinkommen bislang unterzeichnet, doch nur 16 davon haben auch Strategien vorgelegt, um die darin festgelegten Ziele zu erreichen. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass Staaten die Armut beseitigen wollen, indem sie das Wachstum fördern, und dass Technologien zu Beginn häufig kostspielig sind. Nach Auffassung von Yvo de Boer sollten die politischen Entscheidungsträger darauf bestehen, dass Investitionen systematisch auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden. Außerdem schlägt er vor, dass die Vorabinvestitionen in Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energie sowohl von öffentlicher Seite als auch von Geldgebern finanziell unterstützt werden. Er erachtet es als positives Zeichen, dass mittlerweile auch Staaten wie China und Indien, die sich zuvor eher ablehnend zeigten, erhebliche Anstrengungen unternehmen, ihre Wirtschaft nachhaltig zu gestalten.

Es sprechen: Alpha Ousmane (Burkina Faso), Theodor Dumitru Stolojan, Jo Leinen, Lucie Milebou-Aubusson (Gabun), Catherine Bearder, Halifa Baboucar Sallah (Gambia), Maria Heubuch, Michel Kamano (Guinea), Lídia Senra Rodríguez, Moses Cheboi (Kenia), Raphael Joseph Mhone (Malawi), Louis Joseph Manscour, Amadou Dioffo (Niger), Faumuina Liuga (Samoa), Carlos Zorrinho, Clifford Andre (Seychellen), Mathew Sahr Nyuma (Sierra Leone), Andre Misiekaba (Suriname), Michael Gahler, Ahamada Soukouna (Mali), Ana Rita Geremias Sithole (Mosambik), Price Cyprien (Haiti), Louis Michel, Domenico Rosa (Kommission).

Die Mitglieder kommen überein, dass das derzeitige Wirtschaftsmodell, das auf dem uneingeschränkten Konsum von Waren beruht, die nachhaltige Entwicklung behindert und das Überleben der Menschheit bedroht. Daher müsse das Wirtschaftsmodell so angepasst werden, dass es mit dem Klimawandel und den Zielen für nachhaltige Entwicklung vereinbar ist.

11. Dringlichkeitsthema Nr. 1: Die wichtigsten Fragen und Herausforderungen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und den AKP-Staaten

Unter den Mitgliedern der AKP-Staaten und der EU herrscht klares Einvernehmen darüber, dass die Rechtsstaatlichkeit für jede gut funktionierende Demokratie unverzichtbar und für die Achtung und Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten von entscheidender Bedeutung ist.

Mehrere Mitglieder sprechen über die Herausforderungen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit, denen sowohl die EU als auch die AKP-Staaten gegenüberstehen, etwa über den abnehmenden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft, Einschränkungen der Medien- und Meinungsfreiheit, Falschmeldungen und Populismus, unzulässige Beeinflussung von Wahlen durch andere Staaten sowie Korruption und Machtmissbrauch durch Regierungen und andere öffentliche Stellen.

Der Vertreter der Komoren gibt einen Überblick über die Lage in dem Staat vor der Wahl und weist darauf hin, dass es der Demokratie dort an Transparenz fehlt. Er ersucht darum, seine Wortmeldung zu diesem Thema in das Protokoll aufzunehmen.

Es sprechen: Alpha Ousmane (Burkina Faso), Frank Engel, Oumouri Mmadi Hassani Oumouri (Komoren), Juan Fernando Lopez Aguilar, Agnima Alain-Michel Lobognon (Côte d'Ivoire), Halifa Baboucar Sallah (Gambia), Lída Senra Rodríguez, Nicolas Bay, Michael Gahler, Clifford Andre (Seychellen), Julie Ward, Adjedoue Weidou (Tschad), Jacob L. Oulanyah (Uganda), Louis Michel, Marius Yaya Doumba (Kamerun), Domenico Rosa (Kommission).

Die Mitglieder betonen, dass die Zusammenarbeit gestärkt werden muss, um diese Herausforderungen anzugehen und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit auch im Rahmen des künftigen AKP-EU-Partnerschaftsabkommens zu wahren.

12. Die Möglichkeiten, die erneuerbare Energieträger bieten, um nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den AKP-Staaten und insbesondere in entlegenen Gebieten herbeizuführen

Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung, Finanz- und Handelsfragen

Ko-Berichterstatter: Clifford Andre (Seychellen) und Željana Zovko

Die Mitglieder begrüßen die zügige Ausarbeitung des Berichts über die Sicherung des Zugangs zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle im Einklang mit den Klimaschutzmaßnahmen und den Zielen des Übereinkommens von Paris. Im dem Bericht werden einige Empfehlungen dargelegt und innovative Arten der Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten vorgeschlagen, um das Potenzial der AKP-Partner im Bereich der nachhaltigen Energie zu steigern, insbesondere in entlegenen Gebieten. Außerdem werden darin die durchgängige Berücksichtigung von Querschnittsthemen und der Zugang zu bezahlbarer und effizienter Energie aus erneuerbaren Quellen gefordert.

Es sprechen: Marius Yaya Doumba (Kamerun), Stefan Gehroid, Davy Victorien Yama (Zentralafrikanische Republik), Thierry Cornillet, Jo Leinen, Halifa Baboucar Sallah (Gambia), Michel Kamano (Guinea), Federico Abaga Ondo (Äquatorialguinea), Price Cyprien (Haiti), Lída Senra Rodríguez, Moses Cheboi (Kenia), Raphael Joseph Mhone (Malawi), Joachim Zeller, Amadou Dioffo (Niger), Mauricia Thomas-Francis (St. Lucia), Faumuina Liuga (Samoa), Norbert Neuser, Adjedoue Weidou (Tschad), Babiker Mohamed Tom Bakhit Dafaalla (Sudan), Maria Heubuch, Siaso Ofa Ki Vahafolau Sovaleni (Tonga), Domenico Rosa (Kommission).

Die Ko-Berichterstatter Clifford Andre und Frank Engel, in Vertretung von Željana Zovko, schließen die Aussprache ab.

13. Verringerung der Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen in den AKP-Staaten, die nicht zur Schule gehen

Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Umweltfragen

Ko-Berichterstatter: Joseph Yopy Yopy (Papua-Neuguinea) und Laura Agea

Joseph Yopy Yopy (Papua-Neuguinea), Ko-Berichterstatter, stellt den Bericht vor.

Die Unterstützung von lokalen Finanzbehörden zu dezentralisieren, ist von grundlegender Bedeutung, um Schulabbrüchen entgegenzuwirken. Auf diese Weise können die Schulen, die am dringendsten Hilfe benötigen, wirksamer unterstützt werden. Um zu verhindern, dass junge Menschen die Schule abbrechen, werden zudem einige weitere Lösungen vorgelegt: Neben der Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur wird vorgeschlagen, die Schulen attraktiver zu machen, indem kostenlose Mahlzeiten ausgegeben und zusätzliche Aktivitäten, etwa sportliche Betätigungen, angeboten werden. Außerdem sollten angemessene Hygieneartikel bereitgestellt und getrennte Toiletten eingerichtet werden, damit heranwachsende Mädchen sich nicht aus Scham entschließen, nicht weiter zur Schule zu gehen. Des Weiteren wird betont, dass für die Grund- und Sekundarschule die Schulpflicht eingeführt werden sollte und dass informelle Bildung, etwa Berufsbildung für alle inner- und außerhalb des formalen Schulsystems, benötigt wird.

Es sprechen: Alpha Ousmane (Burkina Faso), Stefan Gehroid, Davy Victorien Yama (Zentralafrikanische Republik), Norbert Neuser, Agnima Alain-Michel Lobognon (Côte d'Ivoire), Jomo M. Dlamini (Königreich Eswatini), Catherine Bearder, Halifa Baboucar Sallah (Gambia), Louis Michel, Ben Abdallah Banda (Ghana), Maria Heubuch, Price Cyprien (Haiti), Margaret Kamar (Kenia), Heather Mwiza Sibungo (Namibia), Amadou Dioffo (Niger), Lída Senra Rodríguez, Faumuina Liuga (Samoa), Papa Babou Ndiaye (Senegal), Clifford Andre (Seychellen), Julie Ward, Mathew Sahr Nyuma (Sierra Leone), Adjedoue Weidou (Tschad), Michael R. Nyambuya (Simbabwe), Sebastian Kopulande (Sambia), Domenico Rosa (Kommission).

Joseph Yopy Yopy (Papua-Neuguinea), Ko-Berichterstatter, schließt die Aussprache ab.

Zum Abschluss der Vormittagssitzung dankt Ko-Präsident Joseph Owona Kono Ko-Präsident Louis Michel für seinen langjährigen Einsatz für die Versammlung. Ko-Präsident Louis Michel dankt den anwesenden Mitgliedern. Er betont, dass die EU gegenüber den AKP-Staaten eine Verantwortung trägt und zeigt sich entschlossen, sich in diesem Bereich weiterhin zu engagieren, auch wenn er sich künftig nicht mehr aktiv an der Politik beteiligen wird. Er wünscht den AKP-Staaten und der EU für die Zukunft ihrer Beziehungen viel Erfolg.

(Die Sitzung wird um 13.03 Uhr geschlossen.)

Joseph OWONA KONO

Louis MICHEL

Ko-Präsidenten

Patrick I. GOMES

José Javier FERNÁNDEZ FERNÁNDEZ (*amtierend*)

Ko-Generalsekretäre

PROTOKOLL DER NACHMITTAGSSITZUNG VOM DIENSTAG, DEM 19. MÄRZ 2019

(2020/C 334/03)

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
14. Dringlichkeitsthema Nr. 2: Umweltkriminalität	8
15. Strategische Bedeutung und Dimension der AKP-EU-Partnerschaft	9
16. Umsetzung des globalen Pakts für Migration	9
17. Bericht über die Jugendkonferenz	9

PROTOKOLL DER NACHMITTAGSSITZUNG VOM DIENSTAG, DEM 19. MÄRZ 2019*Die Sitzung wird um 15.02 Uhr eröffnet.*

VORSITZ: Juan Fernando LOPEZ AGUILAR

*Amtierender Ko-Präsident***14. Dringlichkeitsthema Nr. 2: Umweltkriminalität**

Mitglieder der AKP-Gruppe und der EU aus dem gesamten politischen Spektrum betonen, wie wichtig es sei, sehr viel entschlossener gegen Umweltstraftaten vorzugehen. Dies sei für den Schutz der biologischen Vielfalt, der Ökosysteme und die Eindämmung des Klimawandels sowie für den Schutz der Lebensgrundlagen und der menschlichen Gesundheit erforderlich. Von Bedeutung sei dies auch für die Bekämpfung anderer Formen organisierter Kriminalität, mit denen Umweltstraftaten oft im Zusammenhang stünden. Die Mitglieder betonen, dass es einer allgemeinen Definition solcher Verbrechen bedürfe, die derzeit nicht existiere.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine klare Unterscheidung zwischen illegalen und legalen Tätigkeiten aufrechterhalten werden müsse. Einige Mitglieder halten jedoch einen ganzheitlicheren Ansatz betreffend umweltschädliche Tätigkeiten für erforderlich. Als Beispiele werden die illegale Fischerei und die illegale Deponierung von Abfällen angeführt.

Über Umweltstraftaten im maritimen Umfeld wird besonders ausführlich gesprochen. Vertreter der betroffenen AKP-Länder berichten über bereits entstandene Schäden, die derzeit ergriffenen Maßnahmen und erforderliche weitere Maßnahmen.

Die Mitglieder betonen, dass die AKP-Staaten hinsichtlich ihrer Kapazitäten zur Bekämpfung der Umweltkriminalität unterstützt werden müssen.

Mehrere Mitglieder fordern härtere Sanktionen und stellen die Idee zur Diskussion, die Definition von Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf Umweltstraftaten auszuweiten.

Es sprechen: Alpha OUSMANE (Burkina Faso), Stefan GEHROLD, Halifa Baboucar SALLAH (Gambia), Jo LEINEN, Ben Abdallah BANDA (Ghana), Catherine BEARDER, Federico ABAGA DUDO (Äquatorialguinea), Maria HEUBUCH, Price CYPRIEN (Haiti), Moses CHEBOI (Kenia), Joachim ZELLER, Clifford ANDRE (Seychellen), Louis Joseph MANSCOUR, Andre MISIEKABA (Suriname), Jacob L. OULANYAH (Uganda), Lucie MILEBOU-AUBUSSON (Gabun) und Babiker MOHAMED TOM BAKHIT DAFAALLA (Sudan).

Kommission: Domenico Rosa

Clifford André (Seychellen) und Julie Ward schließen die Aussprache ab.

Am Ende der Aussprache spricht Sir Louis H. STRAKER die Lage der vom Zyklon Idai betroffenen Länder an. Halifa Baboucar SALLAH schließt sich seinem Vorredner an. Im Anschluss an diese Wortmeldungen beschließen die Ko-Präsidenten, eine gemeinsame Presseerklärung zu den tragischen Auswirkungen des Wirbelsturms abzugeben.

15. Strategische Bedeutung und Dimension der AKP-EU-Partnerschaft

Ausschuss für politische Angelegenheiten

Ko-Berichterstatter: Sebastian Kopulande (Sambia) und David Martin (in Vertretung von Maria Arena)

Viele Mitglieder stimmen darin überein, dass die Erwartungen, die an die derzeitige Partnerschaft geknüpft wurden, nicht in vollem Umfang erfüllt werden, und dass der Bericht den Verhandlungsführern als Referenzdokument bei der Aushandlung einer künftigen stärkeren Partnerschaft dienen sollte. Der Bericht sollten klare Richtwerte enthalten, und der letztendliche Erfolg sollte anhand des Rückgangs der Armut bemessen werden. Da die Mitgliedstaaten der Partnerschaft zwischen den AKP-Staaten und der EU mehr als 50 % der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen ausmachen, sollten im Rahmen der Partnerschaft Fragen von globaler Bedeutung wie die Agenda 2030, das Klimaschutzübereinkommen von Paris, die internationale Steuerhinterziehung und die Verteidigung der auf multilateralen Regeln beruhenden Weltordnung behandelt werden. Die AKP-Mitglieder äußern ihre Besorgnis über das anhaltende Kräfteungleichgewicht zwischen der AKP-Gruppe und der EU und den möglichen Übergang zu einer „Regionalisierung“ der künftigen Partnerschaft.

Es sprechen: Alpha OUSMANE (Burkina Faso), Michael GAHLER, Halifa Baboucar SALLAH (Gambia), Carlos ZORRINHO, Michel KAMANO (Guinea), Federico ABAGA DUDO (Äquatorialguinea), Price CYPRIEN (Haiti), Maria HEUBUCH, Margaret KAMAR (Kenia), Ahamada SOUKOUNA (Mali), Clifford ANDRE (Seychellen), Joachim ZELLER, Adjedoue WEIDOU (Tschad), Jacob L. OULANYAH (Uganda) und Ben Abdallah BANDA (Ghana).

Kommission: Domenico Rosa

Ko-Berichterstatter: Sebastian Kopulande (Sambia) und David Martin schließen die Aussprache ab.

Generalsekretär der AKP-Gruppe: Patrick I. GOMES, Sir Louis H. STRAKER.

16. Umsetzung des globalen Pakts für Migration

Grundsatzdebatte mit Elspeth Guild, Professorin für Recht am Queen Mary College, Universität London

Eine sehr große Mehrheit der Mitglieder der AKP-Gruppe und des EP begrüßt die Vorteile des globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) und bedauert, dass nicht alle EU-Mitgliedstaaten dafür gestimmt haben. Die Mitglieder nehmen zur Kenntnis, dass die Verquickung von nationalen Rechtsvorschriften, internationalen Übereinkommen, Menschenrechten und Ethik in einer globalisierten Welt mit zunehmenden Ungleichheiten und einem sehr unterschiedlichen demografischen Wachstum auf den verschiedenen Kontinenten eine sehr komplexe Angelegenheit ist. Migrationspolitik sollte jedoch auf Fakten statt auf Gefühlen und Falschmeldungen (die gelegentlich gezielt zur Beeinflussung von Wahlen in Umlauf gebracht werden) beruhen. Die meisten Mitglieder sind sich auch darin einig, dass gemeinsam, im Geiste der Zusammenarbeit und des beiderseitigen Interesses, Verantwortung für die Bewältigung der sich aus den derzeitigen Migrationsbewegungen ergebenden Herausforderungen übernommen werden müsse. Eine verantwortungsvolle Staatsführung, die Achtung der Menschenrechte und Entwicklung gehen Hand in Hand, und die Industrialisierung Afrikas wird in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung sein. Es könne mehr getan werden, um den Menschenhandel zum Erliegen zu bringen, aber gleichzeitig sollte die EU auch mehr Möglichkeiten für legale Einwanderung schaffen.

Die Mitglieder sprechen sich dafür aus, den globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration in das künftige Partnerschaftsabkommen zwischen der AKP-Gruppe und der EU aufzunehmen.

Professor Elspeth Guild schließt die Aussprache ab, indem sie Zahlen von Eurostat anführt, wonach die überwiegende Mehrheit der Migranten, die in die EU kommen, nicht aus AKP-Staaten stammt.

Es sprechen: Michael GAHLER, Halifa Baboucar SALLAH (Gambia), Juan Fernando LÓPEZ AGUILAR, Michel KAMANO (Guinea), Nathalie GRIESBECK, Price CYPRIEN (Haiti), Moses CHEBOI (Kenia), Ahamada SOUKOUNA (Mali), Nicolas BAY, Pedro SILVA PEREIRA, Julie WARD, Carlos ZORRINHO, Adjedoue WEIDOU (Tschad), Jacob L. OULANYAH (Uganda) und Ben Abdallah BANDA (Ghana).

Kommission: Domenico Rosa

17. Bericht über die Jugendkonferenz

Der Ko-Präsident und die Ko-Vorsitzenden der Konferenz, André Clifford (Seychellen) und Julie Ward, erteilen zwei jungen Teilnehmern aus Rumänien, Madalina Huzum und Tudor Drujescu, das Wort; sie berichten über die Ergebnisse der Jugendkonferenz.

Die Konferenz sei den Protesten junger Europäer gegen den Klimawandel und ihren möglichen Auswirkungen auf die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament gewidmet gewesen und habe zahlreiche junge Rumänen angezogen, die sich in einer freundlichen und informellen Atmosphäre mit Mitgliedern ausgetauscht hätten. Die Teilnehmer hätten ihrer Besorgnis über die Zukunft des Planeten Ausdruck gegeben und darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen der Regierungen gegen die globale Erwärmung noch immer völlig unzureichend seien. Sie hätten außerdem zur Sprache gebracht, dass selbst in bereits umgesetzten Bereichen wie dem Recycling häufig Schwächen und Lücken vorhanden seien, und als Beispiel auf die geringe Wiederverwendungsrate bei Materialien aus Kunststoff verwiesen. Darüber hinaus hätten sie betont, dass Jugendliche oft an der Umsetzung kleiner Projekte beteiligt würden, dass sie jedoch bei der Gestaltung der Rahmenprogramme und der strategischen Planung gegen den Klimawandel überhaupt nicht konsultiert würden.

(Die Sitzung wird um 18.56 Uhr geschlossen.)

Joseph OWONA KONO

Juan Fernando LÓPEZ AGUILAR

Ko-Präsidenten

Patrick I. GOMES

José Javier FERNÁNDEZ FERNÁNDEZ (*amtierend*)

Ko-Generalsekretäre

PROTOKOLL DER VORMITTAGSSITZUNG VOM MITTWOCH, DEM 20. MÄRZ 2019

(2020/C 334/04)

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
18. Erklärung von Tjekero Twega, Minister für Industrialisierung, Handel und KMU-Entwicklung (Namibia), amtierender Präsident des AKP-Rates 2	11
19. Erklärung von Maria-Magdalena Grigore, Staatssekretärin und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, amtierende Vorsitzende des Rates der Europäischen Union 2	11
20. Fragestunde mit Anfragen an den Rat 2	11
21. Aussprache mit dem Rat — „Catch-the-eye“-Verfahren 3	12
22. Rumänien und die AKP-Staaten — Zusammenarbeit auf der weltpolitischen Bühne 4	12
23. Bericht der Wirtschafts- und Sozialpartner 4	13

PROTOKOLL DER VORMITTAGSSITZUNG VOM MITTWOCH, DEM 20. MÄRZ 2019

Die Sitzung wird um 9.02 Uhr eröffnet.

VORSITZ: Joseph OWONA KONO

Ko-Vorsitzender

18. Erklärung von Tjekero Twega, Minister für Industrialisierung, Handel und KMU-Entwicklung (Namibia), amtierender Präsident des AKP-Rates

Tjekero Twega, Minister für Industrialisierung, Handel und KMU-Entwicklung (Namibia), amtierender Präsident des AKP-Rates, spricht über die Einzigartigkeit der AKP-EU-Partnerschaft und betont, wie wichtig es sei, sie zu erhalten, indem ihr eine neue Bedeutung verliehen und sie um neue Inhalte bereichert würde. Er bekräftigt das Engagement Namibias für die AKP-Partnerschaft. Namibia glaube an Multilateralismus und an einem multilateralen Ansatz bei der Suche nach Lösungen für Konflikte. Des Weiteren beschreibt er die Bemühungen Namibias zur Verbesserung der interkontinentalen Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Handel. In diesem Zusammenhang erläutert der Minister das Bestreben des Landes, für neue und hochwertige Arbeitsplätze auf lokaler, regionaler, nationaler und kontinentaler Ebene zu sorgen, indem günstige Bedingungen geschaffen werden, wozu ein geeigneter Rechts- und Regelungsrahmen, ein einfacher Zugang zu Krediten für lokale Unternehmer und KMU, insbesondere Start-ups, der Zugang zu Infrastruktur und Energienetzen, eine expansive nationale Wirtschaftspolitik, durch die die Binnennachfrage begünstigt wird, und der Zugang zu zoll- und kontingentfreien Exportmärkten zählen. Es sei wichtig, Waren und Dienstleistungen mit einem hohen Mehrwert vor Ort zu produzieren und nicht nur Rohstoffe zu gewinnen und diese anschließend zur Verarbeitung und Nutzung zu exportieren. Der Minister verweist zudem auf die Bedeutung der regionalen Partnerschaft der SADC und des potenziellen Mehrwerts des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und der SADC bei der Förderung der Entwicklung.

19. Erklärung von Maria-Magdalena Grigore, Staatssekretärin und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, amtierende Vorsitzende des Rates der Europäischen Union

Maria Magdalena Grigore, Staatssekretärin und Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, amtierende Vorsitzende des Rates der Europäischen Union, erläutert die wichtigsten Prioritäten der EU im Hinblick auf ihre Beziehungen zu den AKP-Staaten. Dazu gehörten die Umsetzung des Übereinkommens von Paris über Klimaschutzmaßnahmen, der Rahmen für die Zeit nach dem Cotonou-Abkommen für die Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU sowie Fragen in den Bereichen Jugend, Migration und Sicherheit.

20. Fragestunde mit Anfragen an den Rat

Es werden 9 Anfragen an den AKP-Rat und 5 Anfragen an den Rat der EU gerichtet.

Tjekero Twega beantwortet im Namen des AKP-Rates Union die folgenden schriftlichen Anfragen und Zusatzanfragen:

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 1 ist nicht anwesend.

Anfrage 2 von Natalie Griesbeck (ersetzt Thierry Cornillet) zur Zusammenarbeit in Personenstandsangelegenheiten
Zusatzanfrage dazu, welche Länder bereit sind, mit der EU in Bezug auf einschlägige Länder zusammenzuarbeiten.

Anfrage 3 von Natalie Griesbeck (ersetzt Catherine Bearder) zur Umsetzung der AKP-EU-Partnerschaft

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 4 ist nicht anwesend.

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 5 ist nicht anwesend.

Anfrage 6 von Julie Ward zum Schutz von LGBTIQ+-Personen in Tansania

Anfrage 7 von Jo Leinen zur Lage in Gabun

Zusatzanfrage zu möglichen Beiträgen der AU und der EU, um eine Lösung der politischen Krise in Gabun zu erleichtern.

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 8 ist nicht anwesend.

Anfrage 9 von Halifa Sallah (Gambia) zur Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten bei der Bekämpfung des Abhängigkeitssyndroms.

Maria Magdalena Grigore beantwortet im Namen des Rates der Europäischen Union die folgenden Anfragen:

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 10 ist nicht anwesend.

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 11 ist nicht anwesend.

Anfrage 12 von Nathalie Griesbeck zur Zukunft der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU sowie des internationalen Wettbewerbs

Der Verfasser bzw. die Verfasserin von Anfrage 13 ist nicht anwesend.

Anfrage 14 von Halifa Sallah (Gambia) zum Treuhandfonds der EU für Afrika.

21. Aussprache mit dem Rat — „Catch-the-eye“-Verfahren

Die Anfragen und Bemerkungen der Mitglieder betrafen hauptsächlich das Cotonou -Abkommen und die Frage, was danach kommen sollte, die parlamentarische Dimension der Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU, die Bemühungen um ein kontinentales Freihandelsabkommen mit Afrika, Maßnahmen zur Förderung der Industrialisierung in den AKP-Staaten, die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung in Senegal, die gewaltigen Zerstörungen in Malawi, Mosambik und Simbabwe durch den Zyklon Idai und die Frage, ob die Maßnahmen in Haiti angepasst werden müssen, damit sie eine tatsächliche Wirkung im Hinblick auf die Lebensbedingungen entfalten.

Es sprechen: Halifa Sallah (Gambia), Mmadi Hassani (Komoren), Norbert Neuser, Adjedoue Weidou (Tschad), Michel Kamano (Guinea), Clifford Andre (Seychellen), Price Cyprien (Haiti), Ben Abdallah Banda (Ghana), Stefan Gehrold, Jomo Mfanawekosi Dlami (Königreich Eswatini), Raphael Mhone (Malawi), Agnima Alain-Michel Lobognon (Côte d'Ivoire), Jacob Oulanyah (Uganda)

Tjekero Twega im Namen des AKP-Rates und Maria Magdalena Grigore beantworten im Namen des Rates der Europäischen Union die folgenden Fragen.

22. Rumänien und die AKP-Staaten — Zusammenarbeit auf der weltpolitischen Bühne

Aussprache mit Teodor Meleşcanu, Minister für auswärtige Angelegenheiten

Minister Meleşcanu macht auf die Beiträge Rumäniens zu den Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen in Haiti und Mali aufmerksam. Er betont das Engagement Rumäniens für einen wirksamen Multilateralismus und erwähnt die derzeitige Bewerbung des Landes um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Die Mitglieder erkennen Rumäniens Aufnahme afrikanischer Studierender an rumänischen Universitäten unter dem kommunistischen Regime an. Sie regen an, weitere Schritte zur Wiederbelebung dieser Zusammenarbeit zu unternehmen. Auch die Klimapolitik wird als wichtiger Schwerpunktbereich hervorgehoben.

Es sprechen: Michael Gahler, Halifa Baboucar Sallah (Gambia), Julie Ward, Moses Cheboi (Kenia), Louis Straker (St. Vincent und die Grenadinen), Louis Straker (St. Vincent und die Grenadinen), Clifford Andre (Seychellen), Stefan Gehrold, Agathon Rwasa (Burundi), Michael Reuben Nyambuya (Simbabwe), Jacob Oulanyah (Uganda), Babiker Mohamed Tom Baghit Dafaalla (Sudan), Salomo Luheto Xirimbimbi (Angola), Adjedoue Weidou (Tschad), Michel Kamano (Guinea), Mmadi Hassani (Komoren)

VORSITZ: Clifford Andre (Seychellen)

23. Bericht der Wirtschafts- und Sozialpartner

Erläuterungen durch Jarosław Mulewicz, Mitglied des Begleitausschusses AKP, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Jarosław Mulewicz, Mitglied des Begleitausschusses AKP des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, stellt den Bericht vor. Er betont, dass es wichtig ist die Zivilgesellschaft in angemessener Weise in die Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU einzubeziehen. Da der derzeitige Schwerpunkt auf der Steigerung der privaten Investitionen in den AKP-Staaten liege, seien eine wirksame Zusammenarbeit und ein echter Dialog mit Unternehmen, die in der Lage wären, die angestrebten Investitionen bereitzustellen, erforderlich.

Es sprechen: Michel Kamano (Guinea), Adjedoue Weidou (Tschad), Halifa Baboucar Sallah (Gambia), Mathew Sahr Nycuma (Sierra Leone), Julie Ward, Alpha Ousmane (Burkina Faso)

Jaroslaw Mulewicz beantwortet Fragen.

Patrick I. Gomes schließt die Aussprache ab.

(Die Sitzung wird um 13.11 Uhr unterbrochen und um 14.49 Uhr wieder aufgenommen.)

Joseph OWONA KONO

Louis MICHEL

Ko-Vorsitzende

Patrick I. GOMES

José Javier FERNÁNDEZ FERNÁNDEZ (*amtierend*)

Ko-Generalsekretäre

PROTOKOLL DER NACHMITTAGSSITZUNG VOM MITTWOCH, DEM 20. MÄRZ 2019

(2020/C 334/05)

INHALTSVERZEICHNIS

	<i>Seite</i>
24. Abstimmung über die Entschließungsanträge in den von den drei ständigen Ausschüssen eingereichten Berichten	14
25. Abstimmung über die Dringlichkeitsentschlüsse	15
26. Bericht über das 17. Regionaltreffen vom 28. Februar bis 2. März 2019 in Paramaribo, Suriname (Karibik) — Bericht der Ko-Präsidenten	15
27. Zusammenfassende Berichte über die Workshops	15
28. Verschiedenes	15
29. Zeitpunkt und Ort der 38. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung	15

PROTOKOLL DER NACHMITTAGSSITZUNG VOM MITTWOCH, DEM 20. MÄRZ 2019*Die Sitzung wird um 14.49 Uhr eröffnet.*

VORSITZ: Louis-Joseph MANSCOUR

*Amtierender Ko-Präsident***24. Abstimmung über die Entschließungsanträge in den von den drei ständigen Ausschüssen eingereichten Berichten**

Der Ko-Präsident weist auf das für die Versammlung geltende Abstimmungsverfahren hin.

i) Strategische Bedeutung und Dimension der AKP-EU-Partnerschaft (AP/102.726)

(Ausschuss für politische Angelegenheiten)

Bericht von Sebastian Kopulande (Sambia) und Maria Arena

Es wurden 9 Änderungsanträge eingereicht.

Angenommene Änderungsanträge: 3, 4, 5, 8

Abgelehnte Änderungsanträge: 1, 2, 6, 7, 9

Die geänderte Entschließung wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

ii) Die Möglichkeiten, die erneuerbare Energieträger bieten, AKP-Länder und insbesondere entlegene Gebiete zu nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu führen (AP/102.723)

(Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung, Finanz- und Handelsfragen)

Bericht von Clifford Andre (Seychellen) und Željana Zovko

Es wurden keine Änderungsanträge eingereicht.

Die Entschließung wird einstimmig angenommen.

iii) Verringerung der Gesamtzahl von Kindern und Jugendlichen in den AKP-Ländern, die nicht zur Schule gehen (AP/102.722)

(Ausschuss für soziale Angelegenheiten)

Bericht von Joseph Yopy Yopy (Papua-Neuguinea) und Laura Agea

Es wurden 2 Änderungsanträge eingereicht.

Die S&D-Fraktion beantragt eine Abstimmung in getrennten Kammern über beide Änderungsanträge.

Abgelehnte Änderungsanträge: 1, 2

Die Entschließung wird einstimmig angenommen.

25. Abstimmung über die Dringlichkeitsentschlüsse

i) Strittige Fragen und Herausforderungen in Verbindung mit der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und den AKP-Staaten (AP/102.754)

Es wurden 6 Änderungsanträge eingereicht.

Angenommene Änderungsanträge: 1–6

Die geänderte Entschließung wird einstimmig angenommen.

ii) Umweltkriminalität (AP 102.755)

Es wurden 3 Änderungsanträge eingereicht.

Angenommene Änderungsanträge: 1, 2

Abgelehnte Änderungsanträge: 3

Die geänderte Entschließung wird einstimmig angenommen.

26. Bericht über das 17. Regionaltreffen vom 28. Februar bis 2. März 2019 in Paramaribo, Suriname (Karibik) — Bericht der Ko-Präsidenten

Ko-Präsident Joseph Owona Kono und David Martin erstatten mündlich Bericht über das 17. Regionaltreffen (Karibik) und weisen auf die wichtigsten Themen hin, die erörtert wurden.

Es sprechen: André Misiekaba (Suriname), Halifa Sallah (Gambia).

Die Redner weisen auf die wichtigsten Themen des Treffens hin: Regionale Integration und Sicherheit, Handel und Investitionen, Energie und Klimawandel, organisierte Kriminalität, natürliche Ressourcen, nachhaltiger Tourismus und nachhaltige Landwirtschaft sowie die künftigen Beziehungen zwischen den AKP-Staaten und der EU und die Auswirkungen des Brexit auf die Cariforum-Staaten und das regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

27. Zusammenfassende Berichte über die Workshops

Michael Kamano (Guinea) berichtet zusammenfassend über den Workshop zum Thema „Landwirtschaft“. Im Rahmen des Workshops besuchten die Mitglieder das Forschungszentrum der Universität für Agrarwissenschaften und Veterinärmedizin Bukarest (USAMV) zur Untersuchung der Qualität von Lebensmitteln und das Zentrum der „Polytechnischen“ Universität Bukarest (UPB) für fortgeschrittene Forschungsarbeiten zu Materialien, Gütern und innovativen Erzeugnissen. Diese Zentren für nationale und internationale Forschung und Entwicklung sind auch Bildungszentren für Grund- und Aufbaustudien und E-Learning. Sie werden nicht nur von der rumänischen Regierung, sondern auch im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und von privaten Unternehmen finanziert.

Julie Ward berichtet zusammenfassend über den Workshop zum Thema „Das rumänische Notfallabwehrzentrum“. Seit 2004 befasst sich diese Einrichtung mit allen Arten von Notfällen (Bränden, Naturkatastrophen, Unfällen oder medizinischen Notfällen). Durch eine kostenlose Notrufanwendung („112“) für Mobiltelefone, mit der der Standort des Anrufers unmittelbar ermittelt werden kann, hat sich die Geschwindigkeit und Erfolgsquote der Reaktionen erheblich erhöht.

28. Verschiedenes

Es sprechen: Mmadi Hassani Oumouri (Komoren), Halifa Sallah (Gambia), Sir Louis H. Straker (St. Vincent und Grenadinen), Louis-Joseph Manscour.

Der Ko-Präsident dankt den Behörden und der Bevölkerung von Rumänien für die ausgezeichnete Organisation der Tagung und ihre große Gastfreundlichkeit sowie den Mitgliedern, dem Ko-Sekretariat und den Dolmetschern für ihre Beiträge.

29. Zeitpunkt und Ort der 38. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Die 38. Tagung der Versammlung findet in der ersten Dezemberwoche 2019 in Ruanda statt.

(Die Sitzung wird um 16.04 Uhr geschlossen.)

Joseph OWONA KONO

Patrick I. GOMES

Louis-Joseph MANSCOUR (*amtierend*)

José Javier FERNÁNDEZ FERNÁNDEZ (*amtierend*)

Ko-Präsidenten

Ko-Generalsekretäre

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE